

24

**Beirat für
Wirtschafts- und Sozialfragen**

**STABILISIERUNGS-
PROGRAMM**

WIEN 1964

BEIRAT FÜR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALFRAGEN

Mitglieder

Wilhelm Hrdlitschka

Rudolf Karall

Heinz Kienzl

Herbert Kinzel

Kunata Kottulinsky

Eduard März

Romuald Riedl

Wolfgang Schmitz

Rudolf Schubert

Josef Staribacher

Franz Stummer

Gerhard Weissenberg

Geschäftsführer

Norbert Bischof

Philipp Rieger

Text des vom Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen am 3. März 1964 der Paritätischen Kommission für Preis- und Lohnfragen empfohlenen Stabilisierungsprogrammes.

Stabilisierungsprogramm

Die Entwicklung der Verbraucherpreise gibt seit einiger Zeit zu Besorgnissen Anlaß. Der Verbraucherpreisindex für durchschnittliche Arbeitnehmerhaushalte (Index I) war im Jänner 1964 um 4'3% höher als im Jänner 1963. Ohne Saisonprodukte, die dank besseren Ernten und milderem Wetter um 10% billiger waren, betrug der Abstand vom Vorjahr 6'0/0¹).

Die empfindliche Verteuerung der Lebenshaltung seit dem Vorjahr ist die Folge einer Kette von Preis- und Lohnerhöhungen, die im Frühjahr 1963 begann (von März 1962 bis März 1963 stiegen die nicht saisonabhängigen Preise nur um 1'4%). Die Beschleunigung des Preisauftriebes wurde anfangs hauptsächlich durch die Nachziehung der amtlich geregelten oder zumindest wirtschaftspolitisch kontrollierten Preise für wichtige Grundnahrungsmittel (Milch, Milchprodukte, Zucker, Mahlprodukte) und in geringerem Maße durch die Erhöhung von indirekten Steuern und Monopolpreisen ausgelöst, die zwecks Verringerung des Budgetdefizits verfügt wurden. Im Sommerhalbjahr 1963 stieg der Verbraucherpreisindex ohne Saisonprodukte um 3'4% zweieinhalbmal so stark wie in den zwölf Monaten vorher.

Auf die Verstärkung des Preisauftriebes folgte im Herbst 1963 eine Verstärkung des Lohnauftriebes. Tariflöhne und Verdienste waren in den ersten drei Quartalen um 4% bis 6%, im IV. Quartal um etwa 10% höher als im Vorjahr. Gleichzeitig mit der Erhöhung der Löhne oder kurz nachher zogen die Preise für gewerbliche Produkte und Dienstleistungen stärker an. Dazu kamen an der Jahreswende 1963/64 weitere Auftriebskräfte: Fleisch wurde merklich teurer, verschiedene öffentliche Tarife wurden erhöht, und die Weltmarktpreise für Roh- und Halbwaren stiegen beträchtlich. Insgesamt entfielen von der Steigerung der nicht saisonabhängigen Preise zwischen Jänner 1963 und Jänner 1964 2'6% auf Nahrungsmittel, 0'65% auf indirekte Steuern und öffentliche Tarife und 2'8% auf sonstige Waren und Leistungen.

Die Verstärkung des Preis- und Lohnauftriebes im Laufe des Jahres 1963 vollzog sich bei einem hohen Grad der Beschäftigung und florierenden Konsumgütermärkten. Die lebhaftere Nachfrage nach Arbeitskräften und Konsumgütern erleichterte die Durchsetzung höherer Preis- und Lohnforderungen, war aber nicht unmittelbare

Ursache der Auftriebstendenzen. Das reale Angebot konnte im allgemeinen (die Bauwirtschaft ausgenommen) mit der Nachfrage Schritt halten. Die Investitionsgüterindustrien und ihre Vorlieferanten litten zumeist weiter unter Absatzschwierigkeiten. Der Umstand, daß das Wachstum der Wirtschaft zumindest bisher das Angebotspotential nicht voll ausschöpfte, sollte berücksichtigt werden, wenn stabilisierende Maßnahmen erwogen werden.

Verschiedenes spricht dafür, daß der Preisauftrieb im Laufe des Jahres 1964 schwächer werden wird; die im Vorjahr neu festgesetzten Preise wichtiger Grundnahrungsmittel werden stabil bleiben, weitere Steuer- und Tarifierhöhungen sind nicht beabsichtigt, und das zu erwartende größere Angebot an Schlachtschweinen wird den Auftrieb der Fleischpreise dämpfen. Außerdem werden im Laufe des Jahres 1964 — den internationalen Verpflichtungen entsprechend — fast alle mengenmäßigen Importbeschränkungen aufgehoben werden.

Voraussetzung für eine Beruhigung des Preis- und Lohnauftriebs ist allerdings, daß neue Auftriebskräfte, die etwa von der lebhaften Weltkonjunktur oder von Verknappungen auf den Inlandsmärkten ausgehen könnten, in möglichst engen Grenzen gehalten und aus der bisherigen Dynamik keine weiteren Forderungen abgeleitet werden. Vor allem in den nächsten Monaten könnte eine kritische Situation entstehen. Da im Jahr 1963 die Preise im I. Quartal praktisch stabil blieben, würden schon geringfügige Preiserhöhungen den Abstand des Verbraucherpreisindex vom Vorjahr weiter vergrößern. Dadurch könnten ungünstige Preiserwartungen und kompensatorische Lohnforderungen ausgelöst werden. Um einer solchen Entwicklung vorzubeugen, sollte die Wirtschaftspolitik ein Bündel stabilisierender Maßnahmen überlegen, die z. T. unmittelbar wirksam und z. T. für den Fall vorbereitet werden sollten, daß im Laufe des Jahres neue Auftriebskräfte entstehen.

Der Beirat schlägt folgende Maßnahmen vor:

1. Das Stabilisierungsprogramm vom Herbst 1963 sieht vor, daß in konjunkturpolitisch kritischen Situationen Liberalisierungsmaßnahmen auf dem Waren- und Arbeitsmarkt sowie zolltarifliche Maßnahmen ergriffen werden sollen.

Es wird vorgeschlagen, ohne Verzug einen möglichst großen Teil der derzeit noch kontingentierten Einfuhren zu liberalisieren, wobei die preispolitisch ins Gewicht fallenden Waren besonders zu berücksichtigen wären.

Weiters soll so rasch als möglich die Liste jener Waren vorgelegt werden, die auch nach Ende des Jahres 1964 nicht liberalisiert werden sollen („hard core“-Fälle).

Desgleichen sollen zur Bekämpfung des Preisauftriebes auch Zollsenkungsmaßnahmen ergriffen werden. Dabei sind handels- und integrationspolitische Gesichtspunkte nicht außer acht zu lassen²⁾.

Der Arbeitsmarkt soll möglichst rasch und weitgehend liberalisiert werden.

Es soll eine befristete Erleichterung des Verfahrens zur Genehmigung von Überstunden getroffen werden. Die konjunkturpolitische Bedeutung der Genehmigung von Überstunden soll untersucht werden³⁾.

2. Appell an die Sozialpartner und alle öffentlichen Körperschaften, in den kritischen Monaten bis zum Sommer eine äußerst vorsichtige Preis-, Tarif-, Einkommens- und Lohnpolitik zu verfolgen.

3. Auf zahlreichen Konsumgütermärkten ist die Situation dadurch charakterisiert, daß die Preiskonkurrenz weitgehend durch Rabattkonkurrenz ersetzt wurde. Die Rabatte, die auf diese Weise gewährt werden, kommen nicht allen Konsumenten zugute (und gehen nicht in den Verbraucherpreisindex ein). Die Bemühungen auf den sogenannten *grauen* Märkten, die individuelle Rabattgewährung durch generelle Senkung der Letztverbraucherpreise zu ersetzen, sollen deshalb fortgesetzt werden. Die Paritätische Kommission möge diese Bemühungen durch einen entsprechenden Appell unterstützen.

Zur Beseitigung der grauen Märkte bedarf es nicht nur der Mitwirkung von Industrie und Handel, sondern auch der Konsumenten. Die Arbeitnehmerseite soll daher gemeinsam mit der Bundeskammer, etwa über den Verein für Konsumenteninformation, darauf dringen, daß von dort her eine entsprechende Aufklärung an die Konsumenten erfolgt, bei ihren Einkäufen Preisvergleiche anzustellen, also preisbewußt statt rabattbewußt einzukaufen. Die Konsumenteninformation soll denjenigen Sparten besonderes Interesse entgegenbringen, wo die Unternehmer ihrerseits schon Maßnahmen zur Beseitigung des grauen Marktes getroffen haben.

Der Beirat wird die Auswirkungen dieser Maßnahmen zwecks weiterer Empfehlungen, z. B. bezüglich der Frage vertikaler Preisempfehlungen, studieren.

4. Aufklärung der Konsumenten, insbesondere durch die Konsumenteninformation, preisbewußt zu kaufen, insbesondere auf saisonal billigere Waren auszuweichen.

5. Währungspolitische Maßnahmen.

Die seit Jahren anhaltend hohen Überschüsse in der Zahlungsbilanz haben die flüssigen Mittel des Kreditapparates beträchtlich erhöht und beschränken die Möglichkeiten der Währungsbehörden, das Geldvolumen nach binnenwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu steuern. Obwohl gegenwärtig die Nachfrage verhältnismäßig schwach ist (gespaltene Konjunktur) und vorerst wachstumspolitische Überlegungen gegen eine Beschränkung der kaufkräftigen Nachfrage vor allem nach Investitionsgütern sprechen, *sollten* die Währungsbehörden Vorkehrungen für den Fall treffen, daß die Kreditausweitung preispolitisch bedenkliche Ausmaße erreicht. Sollten sich im Verlauf der Entwicklung der nächsten Monate auf einzelnen Märkten Überhitzungserscheinungen zeigen, so empfiehlt sich als konjunkturpolitisch geeignetstes Mittel eine quantitative Beschränkung der Kreditausweitung, bezogen auf den Stand der aushaftenden Kredite oder der Kreditzusagen (Begrenzung der Kreditgewährungsmöglichkeiten von der Aktivseite)⁴). Derartige Kreditbeschränkungen werden bereits in verschiedenen westeuropäischen Ländern mit Erfolg gehandhabt. Sie müßten mit entsprechenden budgetpolitischen Maßnahmen Hand in Hand gehen.

Der Beirat ist ferner der Auffassung, daß eine Stabilisierungspolitik auf längere Sicht nur möglich ist, wenn die hohen Zahlungsbilanzüberschüsse und die von ihnen ausgehenden latenten Auftriebskräfte verringert werden. Der Ausgleich der Zahlungsbilanz sollte nicht nur durch die bereits erwähnten handelspolitischen Maßnahmen, sondern auch durch währungspolitische Maßnahmen gefördert werden, die dem gegenwärtigen Liberalisierungsgrad der Kapitaltransaktionen mit dem Ausland und der zunehmend engeren Verflechtung mit den internationalen Finanzmärkten Rechnung tragen. Solche Maßnahmen wären etwa: Swap-Operationen, die den Export kurz- und mittelfristiger Gelder fördern und den Import solcher Mittel erschweren, der Verzicht des Bundes, Anleihen im Ausland aufzunehmen, Senkung des Zinsniveaus zwecks Anpassung an das der wichtigsten westlichen Industrieländer. Bei Zinssenkungsaktionen ist zu berücksichtigen, daß sie sich nicht nur auf die Zahlungsbilanz, sondern auch auf Investitionen und Lagerhaltung der heimischen Wirtschaft auswirken.

Die Paritätische Kommission für Preis- und Lohnfragen hat in ihrer Sitzung vom 11. März 1964 das Stabilisierungsprogramm behandelt, einvernehmlich angenommen und mit folgenden Änderungen und Ergänzungen als Empfehlung an die Bundesregierung weitergeleitet.

1) *Einfügung*: Trotz der Steigerung des Verbraucherpreisindex in den letzten Monaten des Jahres 1963 stiegen die Verbraucherpreise im Jahresdurchschnitt um 2'7⁰/₀ (ohne Saisonprodukte um 2'8⁰/₀). Aus durchschnittlichen monatlichen Preissteigerungen kann daher keineswegs auf einen Jahresdurchschnitt geschlossen werden. Dennoch erfordert die gegenwärtige Entwicklung der Verbraucherpreise die Aufmerksamkeit aller für die Kaufkraft unserer Währung Verantwortlichen.

2) *Anderung**): Desgleichen sollen zur Bekämpfung des Preisauftriebes auch *temporäre* Zollsenkungsmaßnahmen ergriffen werden. Dabei sind handels- und integrationspolitische Gesichtspunkte (z. B. *Kennedy-Runde*) nicht außer acht zu lassen.

3) Die konjunkturpolitische Bedeutung der Genehmigung von Überstunden *sowie die Erfassung weiterer Arbeitskräfte durch vermehrte Teilzeitbeschäftigung* soll untersucht werden.

4) Sollten sich im Verlauf der Entwicklung der nächsten Monate auf einzelnen Märkten Überhitzungserscheinungen zeigen, so empfiehlt sich als konjunkturpolitisch geeignetes Mittel eine *wirksame* quantitative Beschränkung der Kreditausweitung. *Es erscheint zweckmäßig, im besonderen zu untersuchen, inwieweit sich diese Beschränkungen auf den Stand der aushaftenden Kredite oder der Kreditzusagen beziehen sollen.*

*) Änderungen kursiv gedruckt.

Herausgeber, Eigentümer, Verleger und Druck: Carl Ueberreuter Druck und Verlag, Wien IX,
Alser Straße 24, im Auftrag des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen. Für den Inhalt
verantwortlich: Dr. Norbert Bischof und Dr. Philipp Rieger, beide Wien IX, Alser Straße 24.

